

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler und Veronika Matiasek betreffend „Abgelehnte Förderanträge im Bereich Klima, Umwelt, Demokratie und Personal“, eingebracht in der Spezialdebatte Klima, Umwelt, Demokratie und Personal im Rahmen der Budgetvoranschlagsdebatte am 11. Dezember 2020 zu Post 1

Der Wiener Gemeinderat bzw. dessen Ausschüsse erkennen unter anderem über die Vergabe von Förderungen an Vereine und andere Organisationen. Leider stehen zwischen dem Förderwerber und den politischen Entscheidungsgremien der Magistrat, der Anträge vorab bewertet. Anträge, die der Magistrat abschlägig entscheidet, werden den eigentlichen Entscheidungsträgern nicht einmal zur Kenntnis gebracht, geschweige denn entschieden.

Die Opposition kritisiert seit Jahren an dieser Stelle ein Transparenz-Defizit sowie eine fehlerhafte Umverteilung der Entscheidungskompetenz, da der Entscheidungsspielraum des politischen Entscheidungsträgers, ob dem Gemeinderat untergebenen Organ des Magistrats aktiv beschränkt wird und der Magistrat Entscheidungen des Gemeinderats vorwegnimmt. So fehlt dem Gemeinderat bzw. dem Ausschuss ein klarer Gesamtüberblick, wie viele und welche Organisationen sich bei der Stadt Wien - und damit beim Gemeinderat - um eine Förderung bewerben.

Da es sich beim Förderwesen um eine Materie handelt, in der Bürger unmittelbar mit dem politischen Entscheidungsträger in Verbindung treten (sollten), ist Transparenz in diesem Bereich von größter Wichtigkeit.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat weist den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal an, dem Ausschuss quartalsweise Bericht über die abgelehnten Förderanträge mitsamt Begründung der Ablehnung zu erstatten und hat jedem Mitglied des Gemeinderats auf Verlangen Einsicht in die Förderansuchen zu gewähren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.